

Der Oberbürgermeister  
Plauen, 06.05.2026

## Niederschrift über die 16. Sitzung des Verwaltungsausschusses

**Sitzung am:** Mittwoch, den 06.05.2026  
**Sitzungsort:** Sitzungszimmer 345,

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 17:30 Uhr

### Anwesenheit:

**Vorsitzender** Bürgermeister Tobias Kämpf

### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Sven Gerbeth  
Herr Lars Gruber  
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik  
Herr Jörg Schmidt  
Herr Tim Schuster  
Herr Maik Schwarz

### Beratende Mitglieder

Herr Fabrice Franke  
Herr Wolfgang Müller  
Herr Mario Schreiter  
Herr Benjamin Zabel

### Stellvertretende Mitglieder

Frau Petra Rank  
Herr Nick Simon

Vertretung für Frau Claudia Hänsel  
Vertretung für Frau Diana Simon

### Abwesenheit:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Claudia Hänsel  
Frau Diana Simon  
Herr Mathias Weiser

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

#### Beratendes Mitglied

Herr Uwe Geisler

unentschuldigt

### Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Lars Buchmann	Personalrat	gesamte Sitzung
Herr Marcel Fröbisch	Personalrat	gesamte Sitzung
Frau Carola Blume-Brake	FBL Haupt- und Personalverwaltung	gesamte Sitzung

### Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Bodenschatz, Freie Presse	Berichterstattung öff. Teil

## **Tagesordnung:**

### **öffentlicher Teil:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.03.2026
- TOP 1.4 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 01.04.2026
- TOP 1.5 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.6 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 01.04.2026
- TOP 1.7 Informationen des Bürgermeisters
  
- TOP 2 Vorberatung
- TOP 2.1 Änderung zum Sitzungskalender 2026 für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
**BSV-306/2026**
- TOP 2.2 Anpassung des qualifizierten Mietspiegels  
**BSV-303/2026**
- TOP 2.3 Antrag (Änderungsantrag zu Reg.-Nr. 104-26) der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken! -, Reg.-Nr. 118-26 - Stellungnahme der Verwaltung
  
- TOP 3 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

### **öffentlicher Teil:**

#### **1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Die 16. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet. Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung **Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalick, CDU-Fraktion**, und **Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne**, bestimmt.

#### **1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Zu Beginn der Sitzung stellte Bürgermeister Kämpf fest, dass sechs stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind und somit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, kam verspätet zur Sitzung. Somit erhöht sich die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder auf sieben.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender „Freie Bürgerliste Plauen“, kam ebenfalls verspätet zur Sitzung. Somit erhöht sich die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder ab dem TOP 2.3. auf acht.

#### **1.2 Tagesordnung**

Die Tagesordnung für die 16. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

### **1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.03.2026**

Bürgermeister Kämpf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 04.03.2026 fest.

### **1.4 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 01.04.2026**

Bürgermeister Kämpf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 01.04.2026 fest.

### **1.5 Beantwortung von Anfragen**

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender „Freie Bürgerliste Plauen“, fragte im Verwaltungsausschuss vom 04.03.2026, ob Einsparungen möglich wären, wenn die festen Parkuhren (wie beispielsweise auf der Straßberger Straße gegenüber dem Handelshaus) abgebaut würden und stattdessen die in der Nähe befindlichen Parkautomaten genutzt würden.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, sprach im Verwaltungsausschuss vom 01.04.2026 die kurze Ampelphase auf der Reichenbacher Straße, Höhe Neue Elsterbrücke, an. Insbesondere während der Nachmittagsstunden und des Feierabendverkehrs ist die Grünphase zu kurz bemessen. Er schilderte, dass lediglich vier Fahrzeuge pro Ampelphase passieren könnten, was zu einem erheblichen Rückstau bis hinauf zum Krankenhaus führt. Er fragte, ob die Ampelphasen verlängert werden können, ohne dabei das gesamte Verkehrsnetz zu beeinträchtigen.

Die Anfragen wurden an den Geschäftsbereich II weitergeleitet. Eine Antwort für beide Anfragen steht noch aus.

### **1.6 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 01.04.2026**

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen beschließt die befristete Einstellung und Eingruppierung eines Mitarbeiters zum 01.07.2026 als Sachbearbeiter Projektentwicklung im Geschäftsbereich II, Fachbereich Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt mit der Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst.

### **1.7 Informationen des Bürgermeisters**

Es gibt keine Informationen des Bürgermeisters.

## **2 Vorberatung**

### **2.1 Änderung zum Sitzungskalender 2026 für den Stadtrat und seine Ausschüsse Vorlage: BSV-306/2026**

Bürgermeister Kämpf führt zur Vorlage aus.

**Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, fragt an, ob es möglich ist, den Verwaltungsausschuss am 26.08.2026 aufgrund des Firmenlaufs zu verschieben, um den Stadträten die Teilnahme an dieser Veranstaltung zu ermöglichen.**

**Bürgermeister Kämpf sagt eine schriftliche Antwort zu.**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt folgende Änderung des Sitzungskalenders 2026:  
Die Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 23.06.2026 wird auf Dienstag, den 30.06.2026 verschoben. Ort und Zeit der Sitzung bleiben unverändert.

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen**

Die Beschlussvorlage wird einstimmig beschlossen.

**2.2 Anpassung des qualifizierten Mietspiegels**

**Vorlage: BSV-303/2026**

Bürgermeister Kämpf führt zur Vorlage aus.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Anpassung des qualifizierten Mietspiegels.

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen**

Die Beschlussvorlage wird einstimmig beschlossen.

**2.3 Antrag (Änderungsantrag zu Reg.-Nr. 104-26) der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken! -, Reg.-Nr. 118-26 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, führt zum Antrag aus.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass er sich bereits in seiner ersten Stellungnahme ausführlich dazu geäußert hat. Er warnt davor, Aufgaben von Familienhebamme und Kinder-/Jugendbeauftragtem zu vermischen: eine Hebammenstelle bringt andere Qualifikationen und steht nur teilweise für Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung. Des Weiteren kann angesichts der angespannten Haushaltslage und fehlender Deckungsmittel kein Stellenaufwuchs empfohlen werden. Die üblichen Aufgaben des Kinder- und Jugendbeauftragten werden bereits von Fachabteilung Jugend und Soziales sowie dem Kommunalen Präventionsrat abgedeckt. Jugendeinrichtungen und Jugendliche könnten direkt mit ihm Kontakt aufnehmen. Die Verwaltung ist regelmäßig in Gremien und Arbeitsgruppen aktiv und regt an, die vorhandene Arbeit zu unterstützen. Er lädt dazu ein, konkrete Anliegen zu benennen und empfiehlt, den Antrag abzulehnen, da die Kapazitäten der Verwaltung ausreichend sind, um die Aufgaben abzudecken.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, betont, dass sie die Unterstützung eines solchen Antrags für wichtig hält, da es derzeit auch kein Kinder- und Jugendparlament gibt. Die Arbeitsgruppe für Kinder- und Jugendbeteiligung hat seit anderthalb Jahren nicht mehr getagt, auch wenn sie nun wieder in Gang kommt. Sie ist der Ansicht, dass eine spezialisierte Person, die sich um diese Belange kümmert und als Vernetzungsstelle sowie Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin dient, von Vorteil ist. Sie schlägt vor, zumindest eine Teilzeitstelle zu schaffen, die mit anderen Aufgaben kombiniert werden kann, um den Anliegen der Kinder und Jugendlichen mehr Beachtung zu schenken.

Stadtrat Lars Gruber, Fraktion SPD/Initiative Plauen, erklärt, er kann dem zustimmen, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadt durchaus verbessert werden kann und es noch Potenzial nach oben gibt. Allerdings stört die Fraktion die Verbindung zur Familienhebamme in dem Antrag, da dies seiner Meinung nach schlecht zusammenpasse. Aus diesem Grund könne die Fraktion dem Antrag nicht zustimmen, da es sich um eine Vermischung von zwei verschiedenen Themen handelt.

Herr Benjamin Zabel, sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD/Initiative Plauen, betont die Wichtigkeit der Jugendbeteiligung in der Kommunalpolitik, erachtet aber eine Vermischung der Aufgaben ebenfalls als nicht zielführend, besonders auch in Anbetracht der unterschiedlichen Vergütung, da eine Stelle, die die Familienhebamme vertritt, auch entsprechende Qualifikationen vorlegen, und somit auch entsprechend vergütet werden muss. Er verweist auf frühere Erfolge, insbesondere das Jugendparlament in Plauen im Jahr 2005, das von Jugendlichen fraktionsübergreifend getragen und

von der Stadtverwaltung sowie dem damaligen Oberbürgermeister unterstützt worden ist. Er spricht sich dafür aus, Strukturen zu schaffen, die es Jugendlichen ermöglichen, an der Stadtratsarbeit, Ausschussarbeit oder im Rathaus mitzuwirken.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, äußert, dass die vorgestellten Ansätze grundsätzlich geteilt werden können. Er hebt hervor, dass neben der Arbeit von Herrn Kämpf auch die Arbeit vom Kommunalen Präventionsrat Herrn Zabel, die als Bindeglied fungiere, sehr wertvoll ist. Er bezweifelt jedoch, ob eine zusätzliche Stelle notwendig ist, insbesondere angesichts der finanziellen und haushalterischen Ausnahmesituation. Er betont, dass seine Fraktion die Jugendarbeit grundsätzlich unterstütze, sieht jedoch die Aufgabenverteilung bereits als angemessen an. Er schlägt vor, die avisierten Lohnkosten lieber in die aktive Jugendarbeit, beispielsweise in Begegnungsstätten, wie zum Beispiel dem Markuskeller, zu investieren, damit das Geld direkt bei den Jugendlichen ankomme.

Bürgermeister Kämpf fügt hinzu, dass das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung maßgeblich von den Kinder- und Jugendeinrichtungen in den Stadtteilen lebt. Er betont, dass er sich dafür einsetze, die Einrichtungen zu erhalten, damit in jedem Stadtteil ein Anlaufpunkt für Kinder und Jugendliche bestehe. Er halte es für notwendig, die finanziellen Mittel weiterhin bereitzustellen. Die Kritik, dass zu wenig mit Jugendlichen gesprochen wird, kann er nicht teilen. Auf die Frage nach einem Jugendparlament hätten die Kinder und Jugendlichen klargestellt, dass sie lieber projektbezogen oder bei konkreten Anliegen den direkten Kontakt zur Verwaltung oder zu politischen Gremien suchen. Seit es die Kinder- und Jugendkonferenzen gibt, sind Schülervertreter im Jugend- und Sozialausschuss eingeladen. Ein Beispiel für die Umsetzung von Wünschen aus der letzten Konferenz ist das Konzept zur Medien- und Handysucht sowie Mobbing, das gemeinsam mit dem Kinderschutzbund entwickelt und den Schulen zur Verfügung gestellt wird. Er empfiehlt, Schülervertretern einen dauerhaften beratenden Sitz im Bildungs- und Sozialausschuss zu geben, um den direkten Kontakt zu gewährleisten. Alternativ können Jugendliche punktuell eingeladen werden.

#### **Antrag der BSW-Fraktion:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. Die Stadt Plauen schafft zum 01.01.2027 eine Stelle zur weiteren Verbesserung der Belange der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Plauen. Diese Stelle soll die Aufgaben eines kommunalen Kinder- und Jugendbeauftragten sowie einen Stellenaufwuchs im Bereich der Familienhebamme umfassen. Die Stelle hat einen Umfang von 39 Stunden pro Woche, wobei auf den Bereich der Tätigkeit des Kinder- und Jugendbeauftragten mindestens 15 Stunden pro Woche entfallen.
2. Ist eine Zusammenlegung mit anderen Beauftragten oder anderen Stellen möglich, kann der genannte Zeitumfang reduziert werden.
3. Die Aufgaben der beschriebenen Stelle umfassen unter anderem:
  - eine Urlaubs- und Krankheitsvertretung im Bereich der Familienhebamme
  - eine Zusammenarbeit mit den Bereichen und den Fachabteilungen der Stadtverwaltung
  - die Einbringung der Sichtweisen, Anliegen und Interessen von Kindern und Jugendlichen in den Ausschuss- und Stadtratssitzungen. Hierfür steht der Mitarbeiter im direkten Kontakt mit Kindern und Jugendlichen selbst, sei es bilateral, mit Kinderkonferenzen, oder auf Einladung in Schulklassen und anderen Gruppen.
  - Kinder- und jugendgerechte Aufarbeitung von Vorlagen des Stadtrates und der Ausschüsse so, dass sie für Kinder und Jugendliche verständlich sind und diesen über verschiedene Medien nähergebracht werden können
  - Koordination und Vernetzung der Stadtverwaltung mit weiteren relevanten Akteuren im Stadtgebiet wie z. B. den Kinder- und Jugendeinrichtungen, den Trägern der Schulsozialarbeit, im flexiblen Jugendmanagement, der mobilen Jugendarbeit. Sportvereinen in der Stadt Plauen und Einrichtungen der Sucht- und Drogenberatung.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Stellenbeschreibung um weitere aus ihrer Sicht notwendige Themenfelder zu ergänzen, den konkreten Stellenbedarf zu ermitteln und die Besetzung, im für unter Punkt 1 genannte Stelle im üblichen Verfahren durchzuführen.

Notwendige Anpassungen in bestehenden Satzungen und Ordnungen sind vorzunehmen bzw. dem Stadtrat zu Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

**3 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

**Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, möchte wissen, ob es möglich ist, den Servicepoint am Tunnel für den Bürgerpunkt zu nutzen.**

**Bürgermeister Kämpf sagt eine schriftliche Antwort zu.**

Stadtrat Maik Schwarz erwähnt einen Ausschnitt aus der heutigen Zeitungsausgabe und fragt nach, ob die Stadt Plauen für fleißige Bürger, die nicht studiert haben, Gründerkredite in Aussicht stellt. Nach seinen Aussagen halte er sich für fleißig, hat aber scheinbar den falschen Beruf gewählt und müsste sonst befürchten, dass der Oberbürgermeister ihn für faul hält.

Bürgermeister Kämpf sagt eine schriftliche Antwort zu.

Herr Benjamin Zabel, sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD/Initiative Plauen, erkundigt sich, ob die Arbeitszeitstunden, die die Stadtverwaltung für die Organisation des "Tag der Sachsen" aufwendet, über die Fördermittel abgerechnet werden können. Er gibt an, dass die Verwaltung dies in der Vergangenheit wohl verneint hat. Dennoch möchte er wissen, ob diese Stunden erfasst werden und in irgendeiner Form als Eigenleistung dokumentiert werden können.

Frau Carola Blume-Brake, Fachbereichsleiterin Haupt- und Personalverwaltung, erklärt, dass die Arbeitszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Organisation des „Tag der Sachsen“ nicht erfasst werden. Sie führt aus, dass eine Auftragserfassung für die Buchung von Projektzeiten nicht möglich ist, da das Buchungsprogramm dies nicht unterstütze. Aus Gründen der Vereinfachung würde sie auch davon Abstand nehmen. Betroffene Mitarbeiter sind für eine gewisse Wochenstundenzahl von ihrer eigentlichen Arbeit freigestellt. Sie weist darauf hin, dass sich dies im laufenden Geschäft mit anderen Aufgaben vermischen kann, insbesondere wenn zwischendurch Fragen oder organisatorische Angelegenheiten aufkommen. Eine konkrete Aufzeichnung der Arbeitszeiten werde jedoch nicht geführt.

Herr Benjamin Zabel fragt, ob es die Möglichkeit gibt, eine Übersicht zu erhalten, welche Stellen konkret betroffen seien, um einen Überblick zu bekommen.

Frau Carola Blume-Brake sagt dies zu.

Bürgermeister Kämpf berichtet, dass Arbeitsgruppen mit diversen Personen gebildet wurden. Nahezu alle Verwaltungsmitarbeiter sowie viele Ehrenamtliche und Vereine werden zur Umsetzung gebraucht.

Herr Benjamin Zabel ergänzt, dass es insbesondere um die Frage des Arbeitszeitausgleichs gehe.

Bürgermeister Kämpf führt aus, dass es zu einer erheblichen punktuellen Belastung kommen wird. Er äußert jedoch die Überzeugung, dass diese Belastung im Laufe der Zeit nach und nach abgebaut werden kann. Dies wird allerdings nicht innerhalb von Wochen geschehen können.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erkundigt sich, ob es zutrifft, dass der gemeindliche Vollzugsdienst die Umkleiden im Rathaus und die dortigen Sanitäranlagen nutzt, obwohl er in den Bürgerpunkt umgezogen ist.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass er im nicht öffentlichen Teil darauf antworten wird.

**Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender „Freie Bürgerliste Plauen“ berichtet, dass seine Fraktion vor etwa einem Monat einen erneuten Antrag zum Thema Medizinisches Versorgungszentrum eingereicht hat. Nach seiner Kenntnis sei dieser Antrag bisher noch nicht bearbeitet worden. Er möchte wissen, wie die Verwaltung beabsichtige, mit dem Antrag weiter zu verfahren.**

**Bürgermeister Kämpf sagt eine schriftliche Antwort zu.**

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf  
Bürgermeister

Petra Rank  
Stadträtin

Plauen, den 18.05.2026

Plauen, den

i. V. Linda Mierendorf  
Schriftführerin

Prof. Dr. Lutz Kowalzik  
Stadtrat

**Hinweis:** Das Protokoll, wurde mit Hilfe einer „künstlichen Intelligenz“ erstellt. Es ist ein Dokument, das automatisiert aus der Audio- oder Videodatei des jeweiligen Gremiums generiert wird. Das KI-basierte Tool kann Sprache in Text umwandeln, wichtige Punkte extrahieren und das Protokoll strukturieren. Die Überprüfung erfolgte durch den jeweiligen Protokollanten. Gemäß § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen bleibt die Tonaufnahme bis zur Bestätigung der Niederschrift bestehen. Danach wird diese umgehend auch aus dem KI-Modul gelöscht.